

Thesenpapier Arbeitskreis Junge Außenpolitiker

“Deutsche EU- Ratspräsidentschaft 2020: Welche Agenda für Berlin?”

III. Außenpolitik



Inhaltsverzeichnis

1. Mehr Autonomie, mehr Weltpolitikfähigkeit	4
<hr/>	
Für ein handlungsfähigeres Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik	
2. Weltpolitik beginnt zuhause	6
<hr/>	
Handlungsfähigkeit durch institutionelle Reformen stärken	
3. Deutsche Stärken für die europäische Agenda	8
<hr/>	
Multilateralismus, internationale Klimapolitik, Afrikapolitik	
Ein neuer, besser vernetzter Multilateralismus	8
Internationale Klimapolitik und COP 26	11
4. Fazit	13
<hr/>	
Impressum	15
<hr/>	

Deutschland übernimmt von Juli bis Dezember 2020 die EU-Ratspräsidentschaft. Das gibt der Bundesregierung die Möglichkeit, richtungweisende Initiativen auf europäischer Ebene anzuschieben. Mehr „Weltpolitikfähigkeit“ ist nötig, um in Zeiten des globalen Umbruchs und in Anbetracht vielfältiger Bedrohungen von außen wie auch von innen die globale Position und den Bewegungsspielraum der Europäischen Union zu erhalten. Neben der Bewältigung des Brexit, steht die EU zukünftig vermehrt sicherheits- und außenpolitischen Herausforderungen gegenüber, die mehr globale Handlungsfähigkeit erfordern. Der Ausbau der dafür notwendigen wirtschaftlichen Grundlagen wird dabei durch schwierige Verhältnisse zu anderen Global Playern wie den USA und China bestimmt.

Wie kann die EU adäquat auf die zunehmenden weltpolitischen Unsicherheiten reagieren? Im Sinne einer liberalen, auf universalen und demokratischen Werten basierenden Weltordnung muss Deutschland auch mit und durch seine Ratspräsidentschaft das weltpolitische Engagement der EU zu stärken suchen. Denn eine außenpolitisch starke und autonome EU liegt auch in Deutschlands Interesse. Zur Erreichung dieses Ziels muss die Bundesrepublik eine Vorreiterrolle bei der künftigen strategischen Ausrichtung der EU spielen – das erwarten auch Deutschlands Partner in der EU.

1. Mehr Autonomie, mehr Weltpolitik- fähigkeit

Für ein handlungsfähigeres Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik

In einer Welt, die aus den Fugen zu geraten scheint, erlebt die Europäische Union an ihren Peripherien eine nicht enden wollende Abfolge von Krisen und Konflikten: Die russische Aggression in der Ukraine, Staatszerfall in Libyen und Syrien, Fragilität in Nordafrika und im Sahel. Die liberale Weltordnung, deren Symbol und Treiber die EU ist, wird darüber hinaus von autoritären Großmächten wie China herausgefordert, die die Union weltpolitisch nicht ernst nehmen. Das transatlantische Verhältnis, lange ein Unterstützer und Verstärker europäischer Macht in der Welt, scheint zerrüttet.

Die Erwartungen an Europa sind vor diesem Hintergrund verständlicherweise gestiegen. Wie die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede vor dem Europäischen Parlament im Juli 2019 sagte: „Die Welt fordert mehr Europa. Die Welt braucht mehr Europa“ – ein Punkt, den sie auch in ihrer Europarede der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin wiederholte.¹ Bereits ihr Vorgänger Jean-Claude Juncker hatte eine gestärkte europäische „Weltpolitikfähigkeit“ gefordert.² Die Globale Strategie 2016 formulierte, die EU solle mehr Verantwortung in der Welt übernehmen und auch in der Außen- und Sicherheitspolitik ein kohärenter Akteur werden. Nur wenn die EU mit einer Stimme spreche, könne Europa seinen Einfluss in der Welt behaupten und das europäische Gesellschaftsmodell bewahrt werden. Das erlaube Europa, seine Autonomie im Konzert der Großmächte zu erhalten und selbstbestimmt nach innen wie nach außen zu wirken. Kurzum: Europa soll endlich handlungsfähiger werden. Es mangelt nicht an grundsätzlichem politischem Willen, doch die Krisen dieser schnelllebigen Welt warten nicht auf das deliberative, fragmentierte Europa.

Daher sollte die deutsche Ratspräsidentschaft sowohl nach innen an der Verbesserung der institutionellen Voraussetzungen für die Europäische Außenpolitik, als auch nach außen an drei wichtigen inhaltlichen Schwerpunkten für Europa arbeiten, die in engem inhaltlichen Bezug zum deutschen außenpolitischen Profil stehen: Neuen Formen eines vernetzten Multilateralismus, der internationalen Klimapolitik sowie der europäischen Afrikapolitik. Dabei muss nicht jede „europäische Lösung“ gleich eine Vergemeinschaftung in der Außen- und Sicherheitspolitik bedeuten. Es geht hier vielmehr um eine Stärkung der Fähigkeit Europas, auch in diesem Politikfeld das Wirken der

Um seinen Einfluss in der Welt zu behaupten, muss Europa mit einer Stimme sprechen.



EU-Mitgliedstaaten besser zu ermöglichen, zu koordinieren und zu verstärken.

Die acht hier vorgelegten Empfehlungen für die deutsche Ratspräsidentschaft zur zukünftigen außenpolitischen Ausrichtung der EU orientieren sich an Stärken der deutschen Außenpolitik und verweisen auf die 2016 verabschiedete Globale Strategie der EU. Ein solcher problemorientierter aber stärkenbasierter Ansatz für die deutsche Ratspräsidentschaft verspricht eine höhere Legitimation der deutschen Agenda für Europa – und wäre ein Beitrag für mehr Kohärenz zwischen mitgliedstaatlicher und supranationaler Ebene in der Europäischen Außenpolitik.

2. Weltpolitik beginnt zuhause

Handlungsfähigkeit durch institutionelle Reformen stärken

Die Frage, inwiefern die Europäische Union eine echte außenpolitische Akteursqualität – und damit Weltpolitikfähigkeit – besitzt, ist nicht neu. Die EU verfügt zweifellos über große Machtressourcen im *Hard Power*- und *Soft Power*-Bereich, bleibt jedoch bei der Projektion von Macht und Einfluss häufig hinter ihrem Potenzial zurück – nicht zuletzt wegen widersprüchlicher Interessen verschiedener Mitgliedstaaten sowie langwieriger Entscheidungsprozesse in den supranationalen EU-Institutionen. Die Globale Strategie, die im Juni 2016 von der Hohen Vertreterin Federica Mogherini vorgestellt wurde,³ setzte in diesem Zusammenhang zuletzt ein wichtiges Zeichen für eine größere außenpolitische Ambition und mehr strategisches Denken auf europäischer Ebene.

Handlungsempfehlung 1: Die institutionelle Funktionsweise der Außenpolitik der EU sollte weiter in einem strukturierten Konsultationsprozess reflektiert werden, der dann zu tiefgreifenden Reformen führen muss.

Während der deutschen Ratspräsidentschaft bzw. der Trio-Präsidentschaft 2020–2021 feiert der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) seinen zehnten Geburtstag. Die Einsetzung der neuen Europäischen Kommission unter Leitung von Ursula von der Leyen und ihres neuen Hohen Vertreters Josep Borrell hat bereits neue Impulse geliefert. Diese Kommission nennt sich selbst ehrgeizig die „geopolitische Kommission“ und steht für mehr Europa in der Welt.⁴ Ihre erste Amtshandlung war die Ankündigung eines groß angelegten Bürgerdialogs, der in den kommenden zwei Jahren Vorschläge für die Reform der EU unterbreiten soll. Somit bietet sich für die deutsche Ratspräsidentschaft ein wertvoller politischer Moment, um einen strategischen *Review*-Prozess auch in der EU-Außenpolitik anzustoßen, der im Rahmen der Trio-Ratspräsidentschaft mit Portugal und Slowenien abgestimmt werden sollte. Dabei sollte nicht zuletzt die Rolle, Funktion und Wirkungsweise des EAD selbst in Bezug auf die Effizienz der EU-Außenpolitik hin evaluiert werden: Wie kann der EAD mit seiner starken Verankerung in Brüssel und seiner globalen Präsenz seine wichtige Scharnierfunktion zwischen der europäischen und der mitgliedstaatlichen Ebene in der Außenpolitik optimal ausfüllen?

Deutschland sollte mit Beginn seiner Ratspräsidentschaft im Sommer 2020, neben dem Bürgerdialog der EU, auch interne Konsultations-

Obwohl die EU über Hard Power wie auch Soft Power verfügt, bleibt sie oft hinter ihrem Potenzial zurück.



prozesse auf mitgliedstaatlicher sowie Brüsseler Ebene (Kommission, EAD, Rat, Parlament) einleiten. Auf deutsche Initiative hin sollten eine Reihe spezieller Gipfel auf der Arbeits- und der höchstpolitischen Ebene angestoßen werden, um zu bestimmen, wie gut die aktuelle außenpolitische Infrastruktur der EU funktioniert und welche strukturellen Reformen nötig sind, um ihre Effektivität zu stärken. Dabei sollte das Ziel dieses 18-monatigen Prozesses nicht sein, nur oberflächliche Reformen (etwa interinstitutionelle Abkommen oder die stärkere Nutzung des Mehrheitsprinzips im Rat) anzustoßen. Vielmehr sollte am Ende der Trio-Ratspräsidentschaft ein gemeinsamer Vorschlag für die Revision der Europäischen Verträge stehen, der, wo nötig, eine Überarbeitung der bestehenden Institutionen auf Grundlage dieser inter-institutionellen sowie transnationalen Debatten vorsieht – und damit dem Anspruch einer geopolitischen Kommission gerecht wird. Das wäre ein wichtiges Aufbruchssignal für die EU, die seit dem Scheitern der Europäischen Verfassung 2002 eine gewisse Reformmüdigkeit erlebt.

Handlungsempfehlung 2: Die Globale Strategie benötigt eine Neuauflage, die die neuen außenpolitischen Prioritäten der Kommission sowie der Mitgliedstaaten erfasst.

Für eine echte Weltpolitikfähigkeit der EU braucht es nicht nur effektive Brüsseler Institutionen, sondern auch einen Konsens zwischen den Mitgliedstaaten, der die gemeinsam zu verfolgenden Themenbereiche, Kompetenzen und Ziele der europäischen Außenpolitik umfasst. Erstrebenswert ist insofern eine zwischen EAD, Kommission und Mitgliedstaaten ausgearbeitete und überarbeitete Globale Strategie 2021, die gemeinsame Prioritäten definiert und dabei nicht nur von den EU-Mitgliedstaaten bestätigt, sondern auch formal durch den Rat der EU sowie das Europäische Parlament verabschiedet und auf höchster Ebene vom Europäischen Rat bestätigt wird.

Diese Neuauflage der Globalen Strategie von 2016 ist nicht nur angesichts der Neubesetzung des Postens des Hohen Vertreters und der Neuausrichtung der Europäischen Kommission sinnvoll, sondern auch angesichts der aktuell angespannten weltpolitischen Lage und sich verändernder außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen. Die neue Kommissionspräsidentin hat dazu bereits hilfreiche erste Vorschläge gemacht. Vor allem die Themen Klimaschutz und Migration sollten auch von der deutschen Ratspräsidentschaft aufgenommen und weiterentwickelt werden.

Im Sommer 2020 sollte Deutschland neben dem Bürgerdialog der EU auch interne Konsultationsprozesse einleiten.

Für eine echte Weltpolitikfähigkeit der EU braucht es vor allem einen Konsens zwischen den Mitgliedstaaten.

3. Deutsche Stärken für die europäische Agenda

Multilateralismus, internationale Klimapolitik, Afrikapolitik

Ein neuer, besser vernetzter Multilateralismus

Eine Rückkehr zum „alten“ Multilateralismus unter amerikanischer Führung erscheint wegen der gewandelten weltpolitischen Situation kaum mehr möglich. Die ruppigere Gangart in der Außenpolitik der USA gegenüber internationalen Organisationen spiegelt in diesem Zusammenhang die Verhärtung in der Geopolitik der anderen Großmächte. Gerade in den letzten Jahren hat sich mit der inzwischen manifesten Krise des Multilateralismus folglich ein neues Handlungsfeld ergeben, das von der EU als „Champion des Multilateralismus“ nicht ignoriert werden sollte.

Der schrittweise Rückzug der USA aus multilateralen Verträgen, die Verletzung von Verträgen durch Russland, wie den INF-Vertrag, sowie der Frontalangriff auf einige der wichtigsten Säulen der liberalen Weltordnung (zuletzt die WTO) hat ein multipolares System ermöglicht, in dem Regionalmächte wie China und Russland das entstehende Machtvakuum nutzen, um ihren Einflussbereich auch über die eigenen Weltregionen auszuweiten. Das führt zu einer stärkeren Fragmentierung in den globalen Systemen – den „Politikfeldern“ des globalen Regierens wie Handel, Umweltschutz oder Nichtverbreitung –, wie auch zu einer ausgeprägteren, potentiell konfliktiven, Großmächtekonkurrenz. Jetzt ist der Moment gekommen, in dem die EU auch jenseits von Nachbarschaftspolitik zu einem relevanten Akteur auf der internationalen Bühne werden muss, wenn sie in diesem Ringen um Einfluss mitspielen möchte, anstatt nur eine Statistenrolle einzunehmen und damit zum Spielball anderer Mächte zu werden.

Die EU ist ein Beispiel für enge (regionale) Kooperation gleichgesinnter Staaten, den man gar als einen „Mini-Multilateralismus“ bezeichnen könnte. In dieser Rolle genießt Europa weltweit einen guten Ruf. Dieses symbolische und politische Kapital sollte die EU zum Schutze der liberalen Weltordnung einsetzen. Die EU muss neue, besser vernetzte Formen des Multilateralismus fördern, um der aktuellen Krise des internationalen Systems zu begegnen und die liberale Weltordnung robuster und unabhängiger von der amerikanischen Führungsrolle zu gestalten. Dieses Selbstbewusstsein sollte auch konkret als

Die EU ist ein Beispiel für einen erfolgreichen „Mini-Multilateralismus“.



strategische Ausrichtung der EU in der neuen Globalen Strategie 2021 verankert werden.

Die EU kann nur dann ein starker und international relevanter Akteur werden, wenn sie zum einen bestehende Partnerschaften und multilaterale Formate pflegt, zum anderen aber auch kreativ nach neuen Partnern für spezifische Herausforderungen sucht.

Handlungsempfehlung 3: Die EU muss auch jenseits bestehender Partnerschaften nach neuen Verbündeten für neue multilaterale Herausforderungen suchen.

Deutschland hat aufgrund seines nichtständigen Sitzes im VN-Sicherheitsrat 2019 –2020 sowie der auch in diesen Zeitraum fallenden EU-Ratspräsidentschaft die Chance, die EU für neue multilaterale Kooperationsformen zu öffnen. Sowohl der Tandemvorsitz mit Frankreich im UN-Sicherheitsrat als auch die 2019 angestoßene Initiative der Allianz für Multilateralismus sind hier starke Signale für gemeinsame europäische Initiativen und müssen nun konkret mit Substanz gefüllt werden.

Aber Deutschland und die anderen europäischen Vertreter im VN-Sicherheitsrat sollten ihre Kooperationsprojekte nicht auf Europa beschränken. So bietet sich z. B. mit dem ebenfalls nichtständigen Mitgliedstaat Indonesien eine Partnerschaft an, die sich für die Freiheit der Meere einsetzen könnte. Der Ausbau der militärischen Präsenz Chinas im südchinesischen Meer berührt nämlich keineswegs nur die Sicherheitsinteressen der asiatischen Anrainerstaaten, sondern gefährdet ganz unmittelbar einige der wichtigsten Seewege und Handelsrouten, über die auch ein Großteil des europäischen Handels mit Asien verläuft. Dabei sind zum einen starke Mandate für bilaterale EU-Drittstaat- bzw. Drittregion-Dialoge essentiell, welche Deutschland als Vorsitzender der vorbereitenden Ratsverhandlungen entscheidend mitprägen kann. Zum anderen kann Deutschland durch das Abhalten informeller Treffen der EU-Außenminister neue regionale Strategien initiieren und damit auch die Bedeutung neuer Partnerschaften im Reflektionsprozess hin zu einer neuen Globalen Strategie 2021 entscheidend einbringen.

Thematische Allianzen und „Advocacy-Netzwerke“ zur Erreichung gemeinsamer Ziele zwischen unterschiedlichen Akteuren (v. a. staatliche Akteure, internationale Organisationen, internationale Nichtregierungsorganisationen) wären hier ebenfalls sinnvoll – etwa mit dem IPCC, deutschen Forschungsinstituten wie dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung und Entwicklungsbanken wie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) oder der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) in der Debatte um die Kosten des Klimawandels für Länder des Globalen Südens. Solche Netzwerke über verschiedene Ebenen des Regierungshandelns hinweg können sich mit der Zeit zu dauerhafteren Partnerschaften verdichten.

Der Ausbau der militärischen Präsenz Chinas im südchinesischen Meer gefährdet indirekt auch europäische Interessen.



Handlungsempfehlung 4: Die EU sollte vor allem bei Handelskonflikten und Abrüstungsfragen verstärkt interessengeleitete multilaterale Kooperationsformate verfolgen sowie starke Mandate für das Auftreten in internationalen Organisationen verhandeln.

Auch jenseits von bestehenden, „strategischen Partnerschaften“ muss die EU offen dafür sein, mit wechselnden Partnern gemeinsame Interessen zu identifizieren und an der Lösung von spezifischen Problemen zu arbeiten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit der EU mit Japan im Handelsstreit zwischen den USA und China. Auf der einen Seite unterstützen die EU und Japan die USA bei ihrem Bestreben, unfaire Handelspraktiken seitens Chinas einzudämmen. Auf der anderen Seite flankieren sie Chinas berechtigte Klage gegen unzulässige US-Importzölle auf Aluminium und Stahl im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Deutschland sollte während seiner Ratspräsidentschaft starke politische Mandate für das Auftreten der EU in internationalen Organisationen sowie EU-Drittstaaten-Gipfel innerhalb des Rats verhandeln.

Ein weiteres Thema, bei dem die EU sich aus eigenem Interesse engagieren sollte, ist die Zukunft von nuklearen Abrüstungsverträgen. Nach der Suspendierung des INF-Vertrags über die Vernichtung landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen droht auch das Auslaufen des *New Start*-Vertrages zwischen den USA und Russland, der bis Ende 2020 in Kraft ist und die Reduzierung von Trägersystemen für Nuklearwaffen zum Ziel hat. Besonders betroffen ist die EU von einer möglichen Aufrüstung auf russischem Territorium, deshalb darf sie sich nicht mit der Rolle des Zaungastes zufriedengeben, es geht um die europäische Sicherheit. Aber auch Russland und die USA können kein Interesse an dem weiterhin ungebremsten Ausbau chinesischer nuklearer Kapazitäten haben. Nukleare Abrüstung kann daher nicht länger auf bilateralen Verträgen zwischen USA und Russland basieren, sondern muss multilateral geregelt werden. Seine Ratspräsidentschaft und den nichtständigen VN-Sicherheitsrat-Sitz verbindend, kann Deutschland sich in diesem Themenfeld für ein kohärentes und selbstbestimmtes Auftreten der EU in bilateralen Dialogen sowie multilateralen Gremien für nukleare Abrüstung und multilaterale Zusammenarbeit für nukleare Sicherheit einsetzen. Dazu ist der effektive Einsatz der relevanten EU-Gremien (z. B. EU-Arbeitsgruppen, das EU-Konsortium für Nichtweiterverbreitung und Abrüstung und der EAD-Sondergesandter) sowie die Konsensfindung unter Mitgliedstaaten im Rat zentral.

Die EU muss offen dafür sein, mit wechselnden Partnern gemeinsame Interessen zu identifizieren.

Die Aufrüstung Russlands stellt ein Bedrohungspotenzial für die EU dar.

Nukleare Abrüstung muss multilateral geregelt werden.

Internationale Klimapolitik und COP 26

Deutschland sollte seinen Ratsvorsitz auch zur effektiven Vorbereitung und Durchführung der Klimaverhandlungen 2020 (COP 26) nutzen. Deutschland legt bereits im Rahmen des nichtständigen Sitzes im VN-Sicherheitsrat 2019/20 einen Schwerpunkt auf das Thema Klima in Verbindung mit Frieden und Sicherheit. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung auch während der EU-Ratspräsidentschaft Klimathemen prominent besetzt und proaktiv vorantreibt.

Eine Gelegenheit dazu bietet die Klimakonferenz COP 26, die im November 2020 in Glasgow stattfinden und von besonderer Bedeutung im Prozess der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sein wird – vor allem nach der enttäuschenden COP in Madrid. Deutschland sollte das eigene Gewicht in die Waagschale werfen und sich dafür einsetzen, dass die EU auf dem Gipfel einig und mit einer kohärenten und gleichzeitig ambitionierten Agenda auftritt. Konkret betrifft dies das Verhandeln einer ambitionierten, starken Verhandlungsposition der EU-Mitgliedstaaten im Vorfeld der Klimakonferenz innerhalb des Rats der EU. In diesem Prozess ist sowohl eine enge Abstimmung mit der Europäischen Kommission und insbesondere DG Climate Action unter dem neuen Portfolio des „Green European Deal“, als auch eine frühzeitige und kontinuierliche Koordinierung mit den anderen EU-Mitgliedstaaten notwendig. Deutschland sollte sich insbesondere auch darum bemühen, Großbritannien eng einzubinden – unabhängig vom Ausscheiden aus der EU.

Um eine kohärente EU-Position für die COP 26 vorzubereiten sowie um dem Thema zusätzlichen politischen Schwung zu verleihen, sollte Deutschland zudem während seiner Ratspräsidentschaft im Vorfeld der Klimakonferenz einen EU-Gipfel zu diesem Thema durchführen und insbesondere auch den Querschnittscharakter klimapolitischer Herausforderungen und auch Chancen adressieren – beispielsweise hinsichtlich Innovationsförderung und Forschung, Transport und Tourismus, Entwicklungspolitik oder Gesundheitsförderung. Dieser sollte dazu dienen, eine gemeinsame Position zwischen Mitgliedstaaten, aber auch zwischen den unterschiedlichen EU-Institutionen, die zum Thema Klima und Energie arbeiten, abzustimmen.

Handlungsempfehlung 5: Deutschland sollte einen strategischen Neuausrichtungsprozess der europäischen Klimadiplomatie anstoßen und zur besseren Verzahnung relevanter Akteure und Stakeholder beitragen.

Über die COP-Klimakonferenz hinaus sollte Deutschland sich dafür einsetzen, die europäische Klimadiplomatie strategischer aufzustellen und weiter auszudifferenzieren. Das zentrale Instrument in diesem Prozess ist die Vorbereitung der üblicherweise im Frühjahr jedes Jahres verabschiedeten Klimadiplomatie-Ratsschlussfolgerungen. Konkret

Deutschland sollte sich für eine europäische Klimastrategie einsetzen.



könnte Deutschland eine Überarbeitung des Klimadiplomatie-Aktionsplans anregen, der im Laufe der deutschen Präsidentschaft formuliert oder aber in einem Reflektionsprozess angestoßen und im Rahmen der weiteren Trio-Präsidentschaft umgesetzt werden könnte.⁵

Einen ersten Schwerpunkt stellen die institutionelle Stärkung, bessere Verzahnung und vertiefte strategische Nutzung der diversen EU-Einheiten dar. Eine verbesserte Koordinierung ist insbesondere zwischen relevanten Ministerien, EAD und Kommissions-Generaldirektionen (wie DG Climate Action, DG International Cooperation and Development, DG Energy) sowie zwischen EU-Delegationen und nationalen Botschaften in Drittstaaten von zentraler Bedeutung.

Ein zweiter Schwerpunkt sollte darin liegen, die Strategie an sich verschiebende globale Konfliktlinien anzupassen und den Kreis potenzieller neuer Partner nachzujustieren. Dabei sollte die EU ihre Instrumente und Strategien jeweils auf großen Emittenten sowie Schwellen- und Entwicklungsländer abstimmen. Flexible und differenzierte Schwerpunktbereiche können insbesondere dazu dienen, Drittstaaten in der europäischen Nachbarschaft, aber auch darüber hinaus enger einzubinden. Ein weiterer Ansatzpunkt kann die stärkere Zusammenarbeit mit Akteuren unterhalb der Ebene nationaler Regierungen darstellen, wenn sich Interessen überschneiden – etwa mit Bundesstaaten und Städten im Falle der USA mit dem Ziel der Reduktion von Treibhausgasen.

Als dritter Schwerpunkt steht die inhaltliche Neuausrichtung bestehender Instrumente. Die Bandbreite möglicher inhaltliche Schwerpunkte reicht von der flächendeckenden und nachhaltigen Förderung erneuerbarer Energien, über Energiesicherheit bis hin zu Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sowie die Förderung von *Public-Private Partnerships*. Instrumente sind dabei u. a. europäische Entwicklungshilfe, strategische Partnerschaften, Zusammenarbeit über sektorspezifische Dialoge. Diese Instrumente müssen zwischen EU und nationalen Institutionen strategischer koordiniert und mit ausreichenden finanziellen Ressourcen im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens ausgestattet werden. Deutschland könnte im Kontext eines hier skizzierten Strategieprozesses beispielsweise *best practices* aus der deutschen Energiewende teilen.

4. Fazit

Als Schwerpunkte für die deutsche Ratspräsidentschaft im Bereich Außenpolitik hebt dieses Papier besonders drei Bereiche hervor, die die Weltpolitikfähigkeit sowie die außenpolitische Kohärenz der Europäischen Union stärken sollen:

1. Beginn eines grundlegenden Reflektionsprozesses über die Funktionsweise der institutionellen Ausstattung der Gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Union, der auch vor einem Reformvorschlag für die Europäischen Verträge nicht zurückschrecken sollte;
2. Vorbereitung einer Neuauflage der „Globalen Strategie“ von 2016 als „Globale Strategie 2021“, welche von allen EU-Institutionen getragen werden und die neue konsensuierte strategische Grundlage der EU-Außenpolitik bilden soll;
3. Schwerpunktsetzungen in den für die Weltpolitikfähigkeit der EU wichtigen Themenfeldern vernetzter Multilateralismus und internationale Klimapolitik.

Deutschland kann durch das Setzen bewusster Schwerpunkte und konkreter Initiativen die Gestaltung der EU-Außenpolitik entscheidend mitprägen: Erstens, durch die Prioritätensetzung in Mandatsverhandlungen der EU innerhalb der diversen Ratsstrukturen, u. a. in Vorbereitung von bilateralen sowie multilateralen Gipfeltreffen; Zweitens, durch außerordentliche Initiativen wie das Abhalten formeller sowie informeller Gipfeltreffen zu bestimmten Themen, u. a. im Rahmen des EU-Außenministerrats; ebenso wie, drittens, durch das Anstoßen von inter-institutionellen Reflektionsprozessen – insbesondere mit längerfristiger Perspektive auf die Dauer der Trio-Ratspräsidentschaft.

Die Möglichkeiten der Ratspräsidentschaft Deutschlands in der Europäischen Union im Bereich der Außenpolitik werden sich im Alltag des europäischen Politikfindungsprozesses vor allem im Sinne erfolgreicher Koordinierung und geschickter Verhandlung zeigen, um die Konsensfindung unter den EU-Mitgliedstaaten zu befördern. Dabei wird entscheidend sein, dass Deutschland im Rat kooperativ und konsensorientiert auftritt – ohne jedoch die eigenen Prioritäten aufzugeben. Das wird dann am besten gelingen, wenn Berlin auf bestehende Stärken in seinem eigenen außenpolitischen Profil aufbaut. Dabei muss Deutschland die Kooperation innerhalb der Trio-Ratspräsidentschaft mit Portugal und Slowenien unbedingt ernst nehmen und strategisch mitdenken, damit die Umsetzung der hier vorgeschlagenen Initiativen längerfristig verfolgt werden kann.

Eine erfolgreiche Koordinierung, geschicktes Verhandeln und Konsensfindung werden den Alltag der EU-Außenpolitik bestimmen.

- 1 https://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-19-4230_de.htm, zuletzt besucht am 03.03.2020.
- 2 https://ec.europa.eu/commission/priorities/state-union-speeches/state-union-2018_de#read, zuletzt besucht am 03.03.2020.
- 3 http://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf, zuletzt besucht am 03.03.2020.
- 4 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_19_6408, zuletzt besucht am 03.03.2020.
- 5 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2019/10/04/the-council-sets-out-the-eu-position-for-the-un-climate-conference-in-santiago-de-chile-cop25/>, zuletzt besucht am 03.03.2020.

Impressum

Die Autorinnen und Autoren

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung
Informationen unter www.kas.de/jungeaussepolitiker

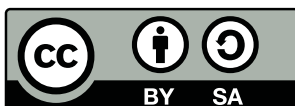
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Benjamin Fricke

Referent für Transatlantische Beziehungen
Hauptabteilung Analyse und Beratung
T: +49 30 / 26 996-3795
benjamin.fricke@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite
© Maren Winter, stock.adobe.com

